

Wohnungsnot in Vorarlberg: Experten warnen vor Krise vor der Wahl!

In Vorarlberg gibt es 215.000 Wohnungen, nur 10% sind gemeinnützig. Bis 2027 sind 1.200 neue Sozialwohnungen geplant.

Bregenz, Österreich - In Vorarlberg spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu: Laut einer Anfragebeantwortung von Landesrat Marco Tittler (ÖVP) gibt es in sieben Gemeinden mehr als 1.000 Sozialwohnungen. Dazu gehören die Städte Bregenz, Bludenz, Dornbirn, Feldkirch, Hohenems sowie Hard und Lustenau. Jede fünfte Gemeinde hat hingegen keine einzige gemeinnützige Wohnung. Diese alarmierenden Zahlen wurden von **ORF Vorarlberg** veröffentlicht und werfen ein Licht auf die Misere, die viele Bürger betrifft. In Vorarlberg existieren insgesamt rund 215.000 Wohnungen, von denen jedoch nur etwa zehn Prozent gemeinnützig sind. Bregenz führt hier mit einer Quote von 27 Prozent an, während in Dornbirn nur 13 Prozent und in Feldkirch sogar nur 9 Prozent der Wohnungen sozial sind. Bis 2027 plant die Landesregierung den Bau von über 1.200 neuen Sozialwohnungen, jedoch bleibt abzuwarten, ob diese Pläne genug Abhilfe schaffen können.

Steigende Baukosten und politische Lösungsansätze

Wirtschaftsexperten machen steigende Baukosten verantwortlich für die angespannte Situation. Professor Dietmar Walberg, Chef des Kieler Bauforschungsinstituts ARGE, äußerte dazu, dass die Baukosten für Sozialwohnungen um bis zu ein Drittel gesenkt werden könnten, sofern die qualitativen

Bauvorschriften eingehalten werden. **BR berichtete** ebenfalls über die kritische Lage und das Dilemma zahlreicher Förderprogramme, die oft überbucht sind und daher nicht schnell genug hilfreich sind. In den politischen Kreisen gibt es diverse Ansätze zur Problemlösung: Die SPD fordert eine unbefristete Mietpreisbremse, während die Union (CDU/CSU) eine Vereinfachung des Bauordnungsrechts vorschlägt. Die Grünen setzen sich für einen besseren Schutz von Mietern ein, wohingegen die FDP eine Abschaffung der Mietpreisbremse befürwortet. Inmitten dieser politischen Debatte kritisieren Wissenschaftler des Pestel-Instituts, dass die Vorschläge der Parteien zu vage sind und keinen klaren Plan zur Verbesserung der Wohnsituation bieten.

Die Wohnungskrise hat bereits Einfluss auf die Wählerstimmen bei den kommenden Wahlen, was die Dringlichkeit des Themas unterstreicht. Die Notwendigkeit schneller und effektiver Maßnahmen ist unverkennbar, um die akuten Herausforderungen im Wohnungsbau zu bewältigen und den Bürgern eine langfristige Perspektive zu bieten.

Details	
Ort	Bregenz, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• vorarlberg.orf.at• www.br.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at